

Vom ausbaufähigen Vertrauen der Demokraten in die Demokratie

Prof. Dr. Thorsten Kingreen*

Das Erstarken des Rechtspopulismus hat viele Ursachen. Einen vermeidbaren Beitrag leistet eine verkümmerte Debattenkultur, für die auch diejenigen Verantwortung tragen, die unsere liberale Demokratie eigentlich verteidigen möchten. Der folgende Beitrag formuliert zum neuen Jahr den Wunsch, dass die Demokraten den Stärken der Demokratie wieder mehr vertrauen.

I. Demokratische Gegenmächte

Kurz vor dem Brexit und einige Monate vor der erstmaligen Wahl von Donald Trump zum U. S.-Präsidenten hat sich der liberale Economist den bissigen Hinweis erlaubt, die Meinungsfreiheit werde derzeit aus drei Richtungen attackiert: durch staatliche Zensur, durch religiösen Fundamentalismus und – tief durchatmen – durch die verspannte Achtsamkeitskultur an einigen US-amerikanischen Universitäten (vgl. economist v. 4.6.2016 <https://beck-link.de/w464d>).

In einer Zeit, in der U. S.-amerikanische Universitäten der Zensur des zweiten Trump-Regimes ausgesetzt sind und daher der Solidarität der Wissenschaftsgemeinschaft bedürfen, mag das Aufrufen dieser These gerade einigermaßen unsensibel erscheinen. Die freie Wissenschaft gehört neben der Parteien-, Rundfunk- und Pressefreiheit sowie der Meinungs- und Versammlungsfreiheit und nicht zuletzt einer unabhängigen Justiz zu den verfassungsrechtlich garantierten Gegenmächten gegen autoritäres Machtgehebe. Diese Gegenmächte sind die Unterschiedsspieler zu den Diktaturen dieser Welt. Sie garantieren Freiheit und Pluralismus in Form von individuellen Rechten. Aber aus diesen Rechten des Einzelnen wird eine offene und plurale Ordnung nur dann, wenn wir die Freiheit des anderen und den Pluralismus nicht nur auszuhalten, sondern im gegenseitigen Respekt schützen. Die nur auf den ersten Blick verstörende Erwähnung der Universitäten im Kontext von Diktatur und Fundamentalismus artikuliert dementsprechend die Erwartung, dass man den beiden eigentlichen Gefahren für die Meinungsfreiheit am besten mit Vertrauen in die pluralistische Energie der demokratischen Gegenmächte (also auch der Universitäten) begegnet.

II. Drei Schritte in die Falle der Populisten

Doch manche Protagonisten und Verteidiger dieser Gegenmächte scheint die Sensorik für deren Funktionsbedingungen verlassen zu haben. In nur drei Schritten in die falsche Richtung tapen sie in die Falle der Populisten.

In einem ersten Schritt vermessen sie den Korridor des im demokratischen Spektrum Vertretbaren. Beispielsweise haben sich alle Parteien der bürgerlichen Mitte unisono und natürlich vertretbar auf die Linie festgelegt, dass Waffenlieferungen an die Ukraine Ausdruck unserer Solidarität mit dem überfallenen Land sind. Sie halten es außerdem für richtig, die Ausgaben für die Verteidigung massiv zu erhöhen und diese von den allgemeinen Regeln der Schuldenbremse auszunehmen (Art. 109 III 5 GG). Auch die seriöse Presse und die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten scheinen sich gleichsinnig auf diesen Kurs verständigt zu haben. All-

Kingreen: Vom ausbaufähigen Vertrauen der Demokraten in die Demokratie(ZRP 2026, 33)

34

abendlich erklären uns etwa die Sicherheitsexperten der selbsternannten Think Tanks in den öffentlich-rechtlichen Nachrichtensendungen, dieser Kurs sei alternativlos; ergänzend gibt es manchmal eine kleine Fortbildung über das, was etwa Drohnen so alles können. Gleichsinnige Gastbeiträge und Interviews in den großen deutschen Tageszeitungen runden das Bild ab. Die Kritiker dieser ja durchaus grundsätzlichen politischen Richtungsentscheidungen scheinen hingegen etwas außerhalb des Korridors zu stehen. Von ihnen sieht, hört und liest man in den demokratischen Parteien und auch in der seriösen Medienöffentlichkeit wenig, übrigens auch nicht an den Universitäten. Sollte es sie am Ende gar nicht geben? „Wo alle dasselbe denken, wird nicht viel gedacht“, könnte man mit dem US-amerikanischen Schriftsteller Walter Lippmann spöttisch anmerken. Schüchterne Oppositionelle, die sich nicht so versiert artikulieren können, werden hingegen vermuten, dass sie eben einfach falsch liegen, wenn alle anderen anders denken. Meinungsfreiheit ist aber nicht nur ein Projekt für intellektuelle Rhetoriktalente.

Es folgt der zweite Schritt: diskursiver Ausschluss derjenigen, die den Korridor verlassen. Natürlich ist das ewige Jammern, man könne in Deutschland nicht mehr sagen, was man denkt, unbegründet. Das kann man. Aber man muss sich bisweilen Einiges anhören. Die panischen Reaktionen auf das im Frühjahr in den „SPD-Friedenskreisen“ verfasste Manifest „Friedenssicherung in Europa durch Verteidigungsfähigkeit, Rüstungskontrolle und Verständigung“, das Perspektiven für eine gemeinsame Friedensordnung in Europa unter Einschluss von Russland anmahnt und sich gegen eine neue Hochrüstung in Europa ausspricht (s. tagesschau v. 11.6.2025 <https://beck-link.de/5dtre>), eignen sich perfekt für die Feldforschung. Viele (nicht alle) Äußerungen aus der eigenen Partei auf das „Manifest“ machen nämlich den zweiten Schritt in die Falle der Populisten: „Realitätsverweigerung“ (Pistorius); „weinerliche Melange aus Rechthaberei, Geschichtsklitterung und intellektueller Wohlstandsverwahrlosung“ (Roth); „Zusammenarbeit mit einem Kriegsverbrecher, der sich schon für die nächsten Ziele präpariert? Gute Nacht!“ (Fiedler vorwärts v. 11.6.2025 <https://beck-link.de/7fpf4>). Aus anderen Parteien wird den „Ewiggestrigen“ (Strack-Zimmermann, FDP) eine „Lernkurve wie bei einem Hirntoten“ (Radtke, CDU) bescheinigt (taz v. 13.6.2025 <https://beck-link.de/vy6az>). Und ein an sich seriöser Leitartikler versteigt sich

zu der Frage: „Was haben Donald Trump und Rolf Mützenich gemeinsam? Die Antwort findet sich im von Mützenich und weiteren Sozialdemokraten unterzeichneten ‚Manifest‘“ (Brössler SZ v. 11.6.2025 <https://beck-link.de/sw85w>). Das ist in etwa das Niveau von Bild („Als hätte Putin es mitgeschrieben“, bild v. 12.6.2025 <https://beck-link.de/xcp4y>). Die Reihe der demütigenden Zitate (Argumente sind es ja nicht) ließe sich leicht erweitern, es fehlt eigentlich nur noch der wilhelminische „vaterlandslose Geselle“. Wenig problemsensibel wird hier der Nachweis einer völlig verkümmerten Diskurskultur im demokratischen Spektrum geführt. Man muss schon sehr gefestigt sein, wenn man seine abweichende Position in seinem Biotop danach noch weiter vertreten möchte. Natürlich und zu Recht sind alle zitierten Äußerungen von der Meinungsfreiheit geschützt. Aber ihr Beitrag zu einem respektvollen Pluralismus ist ebenso deprimierend bescheiden wie der zwar ebenfalls grundrechtlich geschützte, aber individuelle biografische Entscheidungen diffamierende Satz „Soldaten sind (potenzielle) Mörder“ (BVerfGE 93, 266 = NJW 1995, 3303). Gegenmächte auf diesem Niveau und mit dem Drang zum Uniformismus sind ein gefundenes Fressen für die Populisten und damit ironischerweise auch für den Kriegsverbrecher in Moskau, den man doch eigentlich in seine Schranken weisen möchte.

Schritt drei: Die Protagonisten und Verteidiger der Gegenmächte reiben sich verwundet die Augen. Warum zweifeln bloß so viele Menschen an der Demokratie und wählen populistische Parteien? Die Verrohung der Debattenkultur durch die Demokratiefeinde wird beklagt und die Gefahr für die freiheitliche Ordnung und damit auch die Gegenmächte heraufbeschworen. Man möchte dieser Gefahr dadurch begegnen, dass diese Parteien verboten (vgl. FR v. 2.3.2025 <https://beck-link.de/dx5xv>) und etwa Bewerber aus dem öffentlichen Dienst ferngehalten werden, die sich von der freiheitlich-demokratischen Grundordnung abwenden (s. Kingreen Jura 2025, 485). Das mag im Einzelfall durchaus gerechtfertigt sein. Aber mit Verboten werden natürlich aus Demokratiefeinden nicht automatisch Demokraten. Vielleicht erzeugt man sogar noch mehr Demokratiefeinde und muss mit der Schmach leben, dass sich autoritäre Rechte als Schutzpatronen der Meinungsfreiheit aufspielen dürfen wie nach der Compact-Entscheidung des BVerwG (BVerwG NJW 2025, 3650). Auf die Idee, dass auch der eigene Sprechansatz zum Erstarren der Populisten beigetragen haben könnte, kommen die Verbotsbefürworter erst gar nicht. Aus den Augen, aus dem Sinn, und Schuld sind ohnehin immer die anderen.

III. Die Falle schnappt zu

Nach dem dritten Schritt schnappt die Falle der Populisten zu – wie schon zuvor in der Migrationspolitik und der Coronapolitik, die sich im Rückblick ebenfalls als Konjunkturprogramme für die Demokratiefeinde erwiesen haben. Natürlich kann man mit Recht einwenden, dass auch die Krisen selbst und nicht nur der Umgang mit ihnen diese Entwicklung begünstigt haben. Die Krisen können wir aber nicht immer beeinflussen, den Diskurs über sie aber sehr wohl. Zu einer gelungenen Diskurskultur gehört ohne Zweifel die Akzeptanz von Fakten und damit etwa in der Migrationsfrage die Ehrlichkeit, dass

internationale und europäische Kontexte einfachen Lösungen entgegenstehen. Wer als Antwort darauf nur Primitivkonzepte anbietet und diese dann auch noch im Bundestag mit Nichtdemokraten gegen Demokraten durchzusetzen versucht, schwächt die demokratische Diskurskultur und stärkt diejenigen, die ihr schaden wollen. Aber das alles ändert nichts daran, dass etwa auch die Migrationspolitik kultivierte Kontroversen unter Demokraten benötigt, dass auch Demokraten etwas zu überforderten Gemeinden, Schulen mit überwiegend nicht Deutsch sprechenden Migranten und der vielleicht auch nur gefühlten Unsicherheit und Überforderung zu sagen haben sollten, ohne befürchten zu müssen, gleich diskursiv in der Rassistenecke abgelegt zu werden.

Tatsächlich schadet den demokratischen Gegenmächten nämlich nichts mehr als die Verbannung des legitimen Widerspruchs aus dem demokratischen Spektrum (Rixen VerBlog v. 20.1.2021 <https://beck-link.de/mh5zz>). Es muss doch nicht nur die Kritiker, sondern auch die Befürworter der neuen Aufrüstung beunruhigen, dass in der seriösen Öffentlichkeit wenig über die Frage gesprochen wird, wie denn ein mittlerweile fast vier Jahre andauernder Stellungskrieg mit Hundertausenden Toten eigentlich militärisch enden soll? Und es muss beide Seiten irritieren, dass es im demokratischen Spektrum kaum eine Diskussion darüber gibt, dass mit einer frappierenden Selbstverständlichkeit Ausgaben für die Verteidigung, nicht aber für den Klimaschutz von den Regelungen der Schuldenbremse ausgenommen sind (s. aber Tooze surplus v. 7.3.2025 <https://beck-link.de/xa4tt>). Anders als im internationalen Diskurs (foreignaffairs v. 19.4.

Kingreen: Vom ausbaufähigen Vertrauen der Demokraten in die Demokratie(ZRP 2026, 33)

35

2022 <https://beck-link.de/a48wk>) scheint es in Deutschland auch weiterhin nicht opportun zu sein, über die politischen Fehler des Westens beim Aufbau der europäischen Ordnung nach 1990 auch nur zu diskutieren, und sei es nur, um sich darauf vorzubereiten, wie es denn beim nächsten Mal besser laufen könnte. Über das schmachvolle Desaster der Militäreinsätze in Afghanistan (wo angeblich unsere Freiheit verteidigt wurde, aber nun die Taliban herrschen) spricht auch kaum mehr jemand, dabei ist es auch erst gut vier Jahre her.

IV. Blick in den eigenen Spiegel

Es geht bei alledem nicht darum, dass es für den eingeschlagenen politischen Kurs nicht auch valide Argumente gibt, sondern um den Respekt vor den 26 % der Bevölkerung, die den Aufrüstungskurs mit ebenso guten Gründen für falsch halten. 36 % sind es übrigens unter den Ostdeutschen (vgl.

<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1452114/umfrage/umfrage-zur-hoehe-der-verteidigungsausgaben-in-deutschland>), die aus einer Vielzahl von nachvollziehbaren Gründen anders auf die Entwicklung der europäischen Nachwendeordnung als ihre westdeutschen Mitbürger blicken. Wen sollen diese Menschen ansprechen, wen wählen, wenn ihnen aus den demokratischen Parteien signalisiert wird, dass ihre Anliegen noch

nicht einmal der Diskussion wert sind? Wie geht es ihnen, wenn ihnen das nach der Migrations- und Coronapolitik nun schon zum dritten Mal widerfährt? Und wie wirkt es sich auf ihr Demokratievertrauen aus, wenn sich die Reaktion des demokratischen Spektrums auf die hilflose Forderung nach einem Verbot der neuen Mehrheitspartei im Osten beschränkt?

Das alles führt zum eben nur auf den ersten Blick irritierenden Eingangszitat des Economist zurück. Es sind zwar autoritäre Staaten und religiöse Fundamentalisten, die die Meinungsfreiheit gefährden. Aber es sind Demokraten, die die einzigen Gegenmächte gegen diese Gefahren schwächen, wenn sie mit intellektueller Überheblichkeit und einem offensichtlich verloren gegangenen Vertrauen in die Selbstheilungskräfte der demokratischen Gegenmächte den Meinungspluralismus kanalisieren. Alle, die mit gutem Grund die Verrohung unserer Debattenkultur beklagen, sollten sich daher mit dem gleichen Einsatz um deren Kultivierung bemühen und am besten bei sich selbst anfangen. Politik beginnt mit dem Betrachten der Wirklichkeit (Kurt Schumacher), und das Betrachten der Wirklichkeit beginnt für die Demokraten mit dem Blick in den eigenen Spiegel.

* Der Autor ist Professor am Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Sozialrecht und Gesundheitsrecht an der Universität Regensburg.

© 2026 Verlag C.H.Beck GmbH & Co. KG. Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Verlag C.H.Beck GmbH & Co. KG ist ausschließlicher Inhaber aller Nutzungsrechte. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen. Verlag C.H.Beck GmbH & Co. KG behält sich alle Rechte vor, insbesondere die Nutzung zum Text-und-Data-Mining (TDM) nach § 44b Abs. 3 UrhG (Art. 4 DSM-RL).